

4. Grundsatzreferat „Sozialdemokraten in der Verantwortung“ Johannes Rau

„Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

unser letzter ordentlicher Landesparteitag war am 16. Juni 1979. Damals waren wir sechs Tage nach einer Wahl, in die wir viel Mühe investiert und aus der wir nicht die Ergebnisse erhalten hatten, die wir uns erhofft hatten. Damals lag die erste Europawahl hinter uns. Wir waren betroffen, daß es uns nicht gelungen war, das Thema Europa über die Rampe zu bringen. Aber wir mußten auf dem Parteitag am 16. Juni 1979 Akzente setzen, Schwerpunkte aufzeigen, Programmpunkte entscheiden, die uns fähig machen sollten zu einer Auseinandersetzung, die ihren Höhepunkt fand in den beiden Daten des vergangenen Jahres, dem 11. Mai und dem 5. Oktober. Hätte damals, am 16. Juni 1979, eine Wahlprognose stattgefunden, dann hätte diese Wahlprognose anders, schlechter ausgesehen als das Wahlergebnis vom 11. Mai. Die Landtagswahl hat natürlich im Mittelpunkt der zweijährigen Arbeit des Landesvorstandes gestanden, und sie hat uns einen Erfolg gebracht, wie wir ihn in der Geschichte unseres Landes bis dahin nicht kann-



ten. Aber leider ist das Gedächtnis oft kurz. Ich will damit sagen, daß es immer wieder Situationen gibt, für jeden einzelnen von uns, für den, der Verantwortung trägt und für den, der Verantwortung delegiert als Wähler, bei denen uns solche Daten wie der 11. Mai und der 5. Oktober nicht so deutlich vor Augen stehen.

Der Bürger, der Wähler, um dessen Vertrauen wir werben, ist ja ohnehin nicht immer so wie wir ihn uns malen und wie wir von ihm reden. Sein Interesse an uns ist partiell, sein Interesse an uns richtet sich nach dem, was wir sagen und was wir tun und ob zwischen dem, was wir sagen und dem was wir tun, Differenzen sichtbar

werden. Und so gibt es dann für jeden Sozialdemokraten gelegentlich die Stunde am Abend, vielleicht vor dem Fernsehschirm, wo er etwas sieht und etwas wahrnimmt und stolz sagen möchte: Ich bin dabei, das ist meine Partei, das ist meine Sache, ich bin stolz darauf, Sozialdemokrat zu sein. Aber es gibt ja auch die anderen Abende und die anderen Stunden, wo man nur feststellt, daß es irgendwo nicht weitergeht oder nicht in die richtige Richtung geht, und wo der eine und der andere dann sich verkriechen möchte, oder der eine oder andere sagen möchte: Das ist nicht die Partei, die ich gemeint habe und für die ich stehen möchte. Das ist der Widerspruch, in dem wir uns gegenwärtig befinden und den auszusprechen nötig ist, wenn der Landesparteitag das erbringen soll, was wir von jedem Parteitag erwarten –, daß nämlich Menschen wieder auf den Weg gebracht werden, andere dazuzuholen zur guten Sache der Sozialdemokraten. Das soll dieser Parteitag auch bringen.

Er soll das auch bringen in einer bundespolitisch schwierigen Situation, in der wir manchmal den Eindruck haben, daß der Wind uns ins Gesicht bläst, in der wir in gelegentlichen kleinen Zirkeln darüber reden, ob der Wind uns wohl umwirft oder ob wir ihm standhalten. Da gilt es, Kurskorrekturen vorzunehmen, aber es gilt auch, Vergewisserungen eingeschlagener Kurse zu betreiben. Mir geht es darum, daß wir nicht vergessen: Wenn wir heute hier zusammen sind, dann reden wir in einer Situation, in der schon entschieden ist, daß wir die Verantwortung tragen, und in der muß nun darüber entschieden und immer wieder entschieden werden, wie wir unsere Verantwortung tragen.

Das sage ich, weil viele, auch viele der Jüngeren nicht mehr wissen und viele der Älteren vielleicht inzwischen vergessen haben, was das für eine zwanzigjährige Plackerei war, bis die Sozialdemokraten regierten. Das war nicht selbstverständlich. Das war 1949 und 1953 und 1957 und 1961 ein anderer Abend vor dem Fernsehschirm als die beiden im letzten Jahr, und das waren

Abende, da war man der Meinung: Wir sind eingemauert in einem Turm, und es gibt eine Politik, in der werden Sozialdemokraten ausgesperrt von der politischen Verantwortung in Bonn und Düsseldorf. Und es galt, diese Aussperrung zu brechen. Das ging nur, weil Hunderttausende für die Sache der Sozialdemokraten standen und nicht mutlos wurden und nicht aufhörten, von den Sorgen des Bürgers zu reden, und weil sie darauf verzichtet haben, immer ihre eigenen Querelen zum Gegenstand der Auseinandersetzung zu machen. Daß wir Verantwortung tragen, ist entschieden worden am 11. Mai und am 5. Oktober.

Wie wir Verantwortung tragen, das muß jeden Tag neu diskutiert und entschieden werden. Wir Nordrhein-Westfalen hatten einen Slogan, der hieß: „Damit NRW sozial und der Frieden sicher bleibt“, und ich denke, das war mehr als eine Erfindung der Plakate. Das war ein Programm für fünf Jahre Arbeit, und dieses Programm war es wert, es durchzusetzen in den Auseinandersetzungen vor dem 11. Mai und vor dem 5. Oktober. Es faßt am besten zusammen, worum es geht: Unser Land soll sozial, der Friede soll sicher bleiben. Wenn das unser Auftrag ist, wenn es das ist, was wir den Wählern versprochen haben und was die Wähler uns deshalb abverlangen können, dann brauchen wir das streitige Gespräch, dann brauchen wir die Auseinandersetzung darum, wie man in einer weltwirtschaftlich gewandelten Situation eine solche Aufgabe löst. Aber wir brauchen vor allen Dingen den Mut, bei diesen beiden Themen zu bleiben. Denn diese beiden Themen umgreifen gleichzeitig die Interessen derer, die uns besonders vertrauen und um deren Vertrauen wir besonders werben.

Sozial – das heißt: Diese Partei will eine Arbeiterpartei bleiben, und diese Partei will für alle die eintreten, die in Abhängigkeit leben und deren Abhängigkeit gemildert werden muß. Das hat konkrete Auswirkungen. Das heißt: Auch wenn wir in einer weltwirtschaftlich veränderten Situation sparen müssen, auch wenn wir sagen, daß man von diesem Sparen keine

Gruppe ausnehmen kann, dann bleibt unser Auftrag, dafür zu sorgen, daß sozial gerecht gespart wird und daß nicht immer die Arbeitnehmer diejenigen sind, die die Zeche allein zu zahlen haben.

Friede, der sicher bleiben soll, heißt: Das Streitige Gespräch führen und nach dem Streitigen Gespräch Entscheidungen treffen, denen den Rücken stärken, denen wir Verantwortung übertragen haben. Nicht Leute hochjubeln und dann herunterholen, sondern mit ihnen den Weg zur Sicherung des Friedens gehen. Auch das muß dieser Parteitag bekräftigen.

Koalitionen haben ihren Preis. Das weiß ich aus 14 Jahren sozial-liberaler Koalition in Düsseldorf. Es ist schöner, allein zu regieren. Aber wenn man nicht allein regieren kann, wenn man die Koalition braucht, dann muß in der Koalition deutlich bleiben, wer für welche Bürger eintritt, und dann müssen Sozialdemokraten unverwechselbar sein und bleiben, auch bei den Haushaltsberatungen 1982.

Im Augenblick lesen wir jeden Tag einen neuen Vorschlag. Wir werden heute diese Vorschläge nicht entscheiden können. Wir werden heute auch nicht darüber zu entscheiden haben, ob die Erhöhung des Arbeitslosenbeitrages unser richtiger Ansatz ist. Ich habe da meine Zweifel.

Ich habe meine Zweifel vor allen Dingen deshalb, weil wir auch den Arbeitnehmern zusätzliche Belastungen nur dann zumuten können, wenn die anderen auch dran sind – die Selbständigen, die Unternehmer und die, die kein Arbeitsplatzrisiko haben; da muß verteilt werden. Nicht aus Rache, nicht weil wir was gegen die haben, sondern weil die Verlässlichkeit unserer Politik das Thema ist, und weil die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr wissen sollen, wer für ihre Sache steht: Wir stehen für sie. Wir sprechen das aus in einer schwieriger gewordenen Situation, in einer Situation, in der unser erstes Ziel, unser unaufgebbares Ziel, das Ziel, das die Geschichte der Sozialdemokraten begleitet, seit es sie gibt, nämlich Vollbeschäftigung, Recht auf Arbeit für jeden, nicht erreichbar scheint.

Wir haben als nordrhein-westfälische SPD Beiträge zu diesem Thema geleistet. Ich erinnere an das, was wir in Duisburg, in Herne und in Bochum zum Thema „schrittweise Arbeitszeitverkürzung“ gesagt haben. Ich bringe das in Erinnerung. Und ich bringe in Erinnerung, daß wir in den letzten Monaten durchaus im Streit, durchaus mit Meinungsverschiedenheiten, auch darüber gesprochen haben, ob es nicht zumutbar ist, daß wir insbesondere Anforderungen an die Solidarität derer stellen, die kein Arbeitsplatzrisiko haben. Das hat nichts zu tun mit dem Ausgrenzen einer Gruppe, sondern das hat damit zu tun, daß wir, wenn wir leisten wollen, was unser Auftrag ist, die Solidarität aller brauchen und zwar in der Praxis und nicht nur auf den Kongressen.

Liebe Freunde, es gibt inzwischen Hunderte von Zeitungsartikeln über die Frage, wie weit denn die SPD diskutieren und wann denn die Diskussion ein Ende haben müsse. Da ist von Zerrissenheit die Rede. Da gibt es den Ruf nach Geschlossenheit. Ich will diesem Thema nicht ausweichen. Ich meine, wenn in einer Partei gestritten wird, wenn es in einer Partei harte Auseinandersetzungen gibt, dann spricht das nicht gegen diese Partei, sondern es spräche gegen diese Partei – und da sind selbstkritische Bemerkungen nötig –, wenn man bei unserem Streit die Menschen nicht mehr wiederfände, um deren Sorgen wir streiten, für die wir Lösungsvorschläge bringen müssen. Die Partei war immer dann stark, wenn in ihren Diskussionen deutlich wurde, daß wir uns gegenseitig übertreffen wollen an schöpferischen Ideen für umsetzbare Vorschläge zur Verbesserung der Situation der Bürger. Und die Partei war immer dann schwach, wenn man den Eindruck hatte: Wo die zusammenkommen, sind die so mit sich selber beschäftigt, daß unsere Sorgen nicht mehr stattfinden.

Ich wiederhole einen Satz, den ich schon einmal gesagt habe: Eine Partei ist krank, die ihre führenden Funktionäre so beschäftigt mit Sitzungen und Gremien und Arbeitsgruppen, daß von Montagmorgen bis Sonntagabend die

Gefahr einer Begegnung mit Wählern nicht mehr besteht. Ich rede also keiner falschen Harmonielehre das Wort. Ich rede nicht das Wort dem Einheitsbrei der Meinung. Aber ich rede das Wort der offenen Diskussion, an deren Ende die geschlossene Haltung stehen muß, damit wir erkennbar, auffindbar, mit Profil und Gesicht für den Bürger annehmbar sind. Denn unsere Annehmbarkeit, die ist der Schlüssel zum Wahlerfolg.

Wir müssen davon sprechen, wie die politischen Parteien der Herausforderung unserer Zeit begegnen, ohne daß wir den Versuch machten, ein einheitliches Menschenbild zu schaffen. Das gibt es nicht, und das können wir nicht leisten. Dazu sind politische Parteien nicht da.

Aber politische Parteien sind wohl dazu da, Strömungen und Stimmungen zu verstehen und auf sie zu antworten. Zu den Strömungen und den Stimmungen, die ich feststelle, gehört, daß immer mehr Menschen, auch immer mehr junge Menschen an uns die kritische Frage stellen, ob wir eigentlich außer Standpunkten auch noch Horizonte haben, ob wir auch noch Perspektiven haben, ob wir auch noch Hoffnung vermitteln können oder ob Angst das Thema der achtziger Jahre sein muß. Ich rede jetzt nicht von den Begegnungen der letzten Woche, vielleicht ist im Laufe der Aussprache noch Gelegenheit dazu. Aber ich rede davon, daß wir uns auseinandersetzen müssen mit der Frage, wie das eigentlich kommt, daß nach 200 Jahren des Fortschritts, nach 200 Jahren der Technikanbetung auf einmal Menschen bereit sind, auszusteigen, den Fortschritt zu beschreiben, Angst vor der Technik zu haben, wegzulaufen vor der Chance, ihr Leben zu erproben und ihr Leben zu leisten. Darüber müssen wir miteinander sprechen. Wir haben das getan, als wir in dem von Norbert Burger schon einmal zitierten und nach meiner Überzeugung zu Unrecht vergessenen Orientierungsrahmen gesagt haben: „Der demokratische Sozialismus verspricht weder ein Paradies auf Erden und die Lösung aller menschlichen

Probleme, noch ist er der fertige Plan einer neuen Gesellschaftsordnung. Er verbürgt sich vielmehr darin, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu erkämpfen, zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren“. Hierin liegt der tiefere Grund dafür, daß der Sozialismus eine dauernde Aufgabe ist und bleiben wird.

Im Orientierungsrahmen lesen wir auch: „Wir müssen uns daher freihalten von jedem dogmatischen Fortschrittsglauben, gleichgültig, ob er aus traditionellen Überzeugungen oder aber nur auf der Gewöhnung an die stetige Erhöhung des materiellen Lebensniveaus in der Nachkriegszeit beruht. Freilich besteht auch kein Grund zu Untergangspessimismus, wenn wir bereit sind, die politischen Gestaltungsmöglichkeiten wahrzunehmen.“

Das ist, was wir Menschen zu sagen haben, die nicht bei uns sind, die noch nicht bei uns sind, und die wir gewinnen möchten für den Ausstieg aus der Angst, für die Bereitschaft zum Engagement, für die Wahrnehmung in unseren Städten und Gemeinden. Das ist dann sehr viel kleine Münze. Diese kleine Münze kann aber Stabilität erreichen. Wir sollten auch von diesem Parteitag aus deutlich machen, bei all den Diskussionen, die wir miteinander zu führen und dann zu Ende zu bringen haben, daß wir die Partei des Gesprächs, die Partei der Diskussion, aber dann auch die Partei des gemeinsamen Handelns sind.

Es wird viel zu sagen und zu diskutieren sein über das, was Friedens- und Entspannungspolitik bedeutet. Ich will hier mit aller Deutlichkeit und ich füge hinzu, mit großer Betroffenheit, sagen: Bei allem Reden und Streiten über die Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei über den richtigen Weg zum Frieden, bedrückt mich am meisten, warum es eigentlich den Streitpunkt des Friedens überhaupt in einer Partei nicht gibt, die sich als Sammlung der Christen versteht. Warum wird in der CDU nicht gestritten über den richtigen Weg zum Frieden? Warum nimmt sie nicht auf, was es an Sorgen und Ängsten gibt, damit sie zu Antworten kommt? Warum ist in der

4. Grundsatzreferat „Sozialdemokraten in der Verantwortung“, Johannes Rau

CDU bei aller Notwendigkeit der Geschlossenheit, und zwar der Geschlossenheit nach der Diskussion, Geschlossenheit statt Diskussion festzustellen? Wenn sich eine große Partei den Fragen aller Generationen verweigert, dann ist das nicht mehr Sache dieser einen Partei, dann leidet das ganze Volk. Wir müssen alle aufordern, die Diskussion zu suchen und nach der Diskussion geschlossen zu handeln. „Damit der Friede sicher bleibt“, haben wir gesagt. Wir haben damit etwas ausgesprochen, was in die Widersprüche unserer Zeit hineingehört.

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekennt sich zur Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie bejaht die Landesverteidigung.“ Dieser Satz steht im Godesberger Programm, und der folgende steht auch darin: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung und eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die die nationalen Landesverteidigungen ablösen wird.“ Das heißt, wir haben uns des Weges zu vergewissern, den wir in der Friedens- und Entspannungspolitik in den letzten zwei Jahrzehnten gegangen sind, und den wir seit über elf Jahren öffentlich verantworten. Wir haben damals, bevor wir diese Sätze ins Programm schrieben, leidenschaftliche Diskussionen gehabt. Für uns ist das Ringen um den richtigen Weg zum Frieden nicht ein plötzlicher Ernstfall in der Parteigeschichte, sondern uns begleitet diese Diskussion schon lange. Das Godesberger Programm wieder einmal zu lesen, das kann man anraten. „Das ist der Widerspruch unserer Zeit, daß der Mensch die Urkraft des Atoms entfesselt und sich jetzt vor den Folgen fürchtet. Der Mensch fürchtet, gewarnt durch die Zerstörungskriege und Barbareien seiner jüngsten Vergangenheit, daß in jedem Augenblick an jedem Punkt der Welt durch menschliches Versagen das Chaos der Selbstvernichtung ausgelöst werden kann“, so steht es in dem beschlossenen Text. Aber es steht

auch das andere darin, und das ist die Hoffnung dieser Zeit, daß der Mensch im atomaren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und den Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt; daß der Mensch den Weltfrieden sichern kann, wenn er sich an die internationale Rechtsordnung hält, das Mißtrauen zwischen den Völkern lindert. Das haben wir miteinander gesagt. Diese Hoffnung unserer Zeit, die Zielrichtung dieser unserer Hoffnung muß wieder deutlich gemacht werden als Inhalt unserer Friedenspolitik, einer Friedenspolitik, die nicht gekennzeichnet werden kann mit den einfachen Linien, sondern die eine differenzierte Struktur hat. Wir haben beides gelernt: Der Abbau des Mißtrauens zwischen den Völkern ist mühselig. Das Verhandeln über Rüstungsabbau und Rüstungskontrolle ist mühselige Plackerei. Die Erkenntnisse über die Begrenzung der Rohstoffversorgung, der Rohstoffverfügung, über Grenzen wirtschaftlichen Wachstums, sind Tatsachen, die Folgen für den Ost-West-Ausgleich, für das Nord-Süd-Gefälle haben, was immer mehr junge Menschen bedrückt, weil sie den Eindruck haben, daß die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Aber wer diese Bilder zeichnet, wer diese differenzierten Spuren darstellt, der darf dann auch von Fortschritten reden, der darf dann stolz sein auf die Ostpolitik mit Gewaltverzicht, die Willy Brandt begonnen und Helmut Schmidt fortgeführt hat, und der darf sich nicht vor den jungen Bürgern verstecken.

Darf man in einer Zeit des kurzen Gedächtnisses daran erinnern, wie die Politik denn bis zum Jahre 1967 aussah, die eine Politik der Hallstein-Doktrin und der Abschrottung war, und was wir heute an nachbarlichen Ost-West-Beziehungen haben, an Kontakten der Menschen und Bürger, an Informationen über die jeweiligen Teile der Welt – bei aller Spannung und bei aller Spaltung?

Darf man daran erinnern, und muß man nicht daran erinnern, daß unsere

Politik der Friedenssicherung und der Kriegsverhütung in einer politisch gewandelten, in einer von Interessengegensätzen geschüttelten Welt keine Rückkehr zur Politik des „kalten Krieges“ sein darf? Wir erinnern uns ja an das, was geschehen ist. Ich brauche nur ein paar Beispiele zu nennen: die Cuba-Krise und die Wandlung der chinesischen Politik, den Vietnamkrieg, den Einmarsch in die CSSR, die uns immer noch bedrückende Krise im Nahen und Mittleren Osten.

Diether Posser hat gestern im Gespräch darauf hingewiesen: Seit 1945 hat es 128 Kriege auf der Welt gegeben. Diese Welt ist nicht die friedliche Welt. Der Weg ist lang bis zur Sicherung des Friedens. Aber wir können und wir müssen dankbar dafür sein, daß wir in einem Teil der Welt leben können, in dem seit 1945, seit dem schrecklichen Zusammenbruch auch aufgrund unserer Politik, kein Krieg stattgefunden, keine militärische Auseinandersetzung stattgefunden hat. Und wir müssen weitergehen in eine Richtung, die das sichert. Jungen Menschen müssen wir sagen: Wir leben mit diesem fundamentalen Widerspruch, mit diesem ständigen Gegeneinander von Angst und Hoffnung, von Furcht und Erwachen. Wir wollen den Rüstungswettlauf beenden. Wir wollen die Ursachen von Krieg und Gewalt anpacken und wir ringen miteinander um den besten Weg.

Wir haben uns in den letzten Wochen in vielen, vielen Stunden bemüht, einen wirklich für alle tragbaren, einen konsensfähigen Text zu finden. Wir machen solche Anstrengungen, weil wir glauben: Wir sind es den Menschen in unserem Land schuldig, daß sie unsere Politik erkennen, daß wir mit ihnen unsere Politik diskutieren. Und nach meinem Eindruck ist diese Diskussion chancenreich. Ich habe soeben davon gesprochen, daß die Union sich diesem Thema verweigert. Mit ihr wird weder gerechnet, noch geredet. Wir weichen nicht aus. Aber wir fügen hinzu zu dem Wort von der neuen Friedensbewegung: Die Friedenspartei der Geschichte unseres Volkes ist die Sozialdemokratische

Partei. Wir machen uns das nicht leicht, wir werden existenzielle Fragen nicht aus Machterhaltungsgründen einfach unterdrücken. Aber hier wird auch nicht einer Gegenkultur nachgelaufen. Hier wird kein Sturmlauf gegen angebliche Erstarrung mitgemacht, sondern hier werden Menschen gefragt, ob sie nicht mitmachen wollen bei dieser Friedensarbeit, unsere Integrationskraft wahrlich herauszufordern – keine falsche Integration, kein Nachlaufen und kein Nachplappern, wohl aber das aufmerksame Achten auf die jungen Menschen, die politisch opponieren, die uns als Partner wichtiger sind als die Angepaßten oder die, die nur an ihrer eigenen Selbstverwirklichung interessiert sind.

Ich würde gern, auch aus aktuellem Anlaß, bei dieser Gelegenheit zu mancherlei Demonstration, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, zum Glück nicht einmal zuerst in Nordrhein-Westfalen, das eine noch aussprechen: Die jungen Leute, die demonstrieren, auch die jungen Leute, die glauben, Hausbesetzungen seien ein politisches Mittel, dürfen und sollten nicht vergessen, daß diejenigen, die das Eigentum vieler Menschen schützen, diejenigen, die bei Demonstrationen Ordnung zu sichern haben, nicht irgendwelche Bullen sind, sondern ihre früheren Klassenkameraden.

Über Sozialpflichtigkeit des Eigentums brauchen wir uns Sozialdemokraten ja wohl nicht gegenseitig zu belehren. Und wenn man unsere Anträge liest, und wenn man das, was wir bisher zu dem Thema gesagt haben, kennt, dann weiß man: Daß mit Wohnungen spekuliert wird, ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, den keiner so verabscheut wie wir Sozialdemokraten. Das muß deutlich sein: Eigentum ist sozial verpflichtet. Das steht im Grundgesetz, und wir können junge Menschen nicht von der Leuchtkraft des Grundgesetzes überzeugen, „das sowieso manche eher für eine Fessel halten als für ein großes Angebot“, wie Gustav Heinemann gesagt hat, wenn die Sozialpflichtigkeit des Eigentums beim Heizen von Wohnungen und beim Leerstehenlassen der Wohnungen ständig schnödd miß-



braucht wird. Und da füge ich hinzu, Genossinnen und Genossen: Das gilt nicht nur für Kapitalisten, das gilt auch für Behördenchefs, auch für kommunale Behörden. Wir Sozialdemokraten sollten uns auch darin von anderen unterscheiden, daß wir ohne Ansehen der Person Mängel aufzeigen, auch wenn die Mängel bei uns selber liegen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn ich von dem Konflikt der Generationen spreche, wenn ich davon überzeugt bin, daß das Herauskommen aus den Gräben zwischen Älteren und Jüngeren die eigentliche Herausforderung der achtziger Jahre ist, dann meine ich, müssen wir bedenken: Zwischen den führenden Politikern und den jungen Leuten, die jetzt aufbegehren, liegen oft dreißig Lebensjahre. Es ist eine Wandlung unserer Kultur, des Lebensgefühls, unserer Wertvorstellungen und Verhaltensweisen in drei Jahrzehnten, die der einzelne nicht so empfindet, die aber in der Gesprächsunfähigkeit und in der oft festzustellenden Ratlosigkeit deutlich wird. Da kommt es darauf an, daß wir als Sozialdemokraten deutlich machen: Wir kämpfen für Freiheit und Entfaltung des einzelnen, aber nicht auf Kosten anderer. Wir haben das Wohl des Ganzen im Auge, wir wollen gesellschaftspolitisch denken, und das heißt für uns auch, den Satz aus dem Godesberger Programm wie-

der ernst zu nehmen, „daß nur eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft dem Menschen den Weg in seine Freiheit öffnet“. Wir sind nicht von gestern, wir suchen Lösungen für morgen, und wir wollen darüber mit den Bürgern reden.

Wer Lösungen für morgen sucht, kann den Fragen von heute nicht ausweichen. Eine der bedrückendsten und bedrückendsten Sorgen ist für mich die Krise in der europäischen Stahlindustrie. Die stellt die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen vor fast unlösbare Probleme. Wir schulden Betriebsräten und Gewerkschaften Dank dafür, daß sie in einer Situation, in der die Unternehmer sich zerstritten haben, in der freiwillige Vereinbarungen nicht mehr zustandekommen konnten und in der der Kampf aller gegen alle ausgebrochen ist, kühlen Kopf bewahrt haben. Wir sind uns unserer Verantwortung bewußt. Wir werden nicht zulassen, daß im Vorbeigehen gewissermaßen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen bei diesem Vernichtungskampf unter die Räder kommen. Aber wir werden auch ganz deutlich sagen, wo wir die Verantwortung für die inzwischen eingetretene Lage sehen: bei den Unternehmen, bei der europäischen Stahlindustrie, bei der Europäischen Kommission und bei der Bundesregierung. Europa, Genossinnen und Genossen, ist doch keine Schönwetterangelegenheit.

4. Grundsatzreferat „Sozialdemokraten in der Verantwortung“, Johannes Rau

Jetzt muß sich für die Arbeitnehmer an der Ruhr, die wir damals zu den Wahlen geholt haben, erweisen, ob die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl mehr ist als eine Vereinigung zur Förderung von Politiker- und Beamtentourismus.

Die Methode: immer neue Sitzungen immer weniger Entscheidungen, ist für die Stahlarbeiter bei uns unzumutbar. Was da am Donnerstag entschieden wurde, hat uns enttäuscht, denn der Subventionswettbewerb ist nicht gebremst worden. Ich wiederhole hier: Wir werden uns unserer Verantwortung, das heißt auch unserem Anteil, nicht entziehen. Aber es darf nicht nach der Melodie gehen, das Land zahlt und in Europa ändert sich gar nichts. Das würde Arbeitsplätze noch stärker gefährden. Jetzt müssen die Unternehmenskonzepte sorgfältig geprüft werden, dann müssen gemeinsam mit der Bundesregierung die Entscheidungen fallen. Die Gewerkschaft muß an diesen Entscheidungsprozessen von Anfang an beteiligt sein. Da bin ich zuversichtlich, daß es zu einer vernünftigen Lösung kommt.

Genossinnen und Genossen, die wirtschaftliche Lage in unserem Land ist nicht einfach. Die nächsten Jahre werden schwierig. Es gibt kaum Zuwachs an Produktion und an Einkommen, den man verteilen könnte, und deshalb werden die Verteilungskämpfe schwieriger. Es wird Druck geben auf dem Arbeitsmarkt. Die weltwirtschaftlichen Verflechtungen, die Exportabhängigkeit, die bei geringerem Ölverbrauch dennoch feststellbare Ölpreisexplosion, das alles macht uns Sorgen.

Sorgen macht uns, daß wir mit einer amerikanischen Hochzinspolitik zu leben haben, die unsere mittelständischen Unternehmen in Mitleidenenschaft zieht. Wir brauchen eine andere Zinspolitik in Europa. Aber auch wenn wir jetzt die Konsolidierung des Haushalts, auch wenn wir die Schwierigkeit unter Rücknahme des Zuwachses an Verschuldung als Thema der nächsten Wochen und Monate haben, ist dies kein Grund zum Pessimismus. Wir können vertrauen in die Leistungskraft

unseres Landes. Wenn wir nötige Beschränkungen erreichen und dann wieder neue Freiräume zu politischem Handeln finden, dann werden wir die Probleme meistern.

Die außenpolitische Lage, in der wir das tun wollen, ist schwierig. Es gibt eine Zahl internationaler Krisenherde, die uns beunruhigt. Die Entwicklung in Polen macht uns Sorge. Der Konflikt im Mittleren Osten hat uns in den letzten Wochen bedrückt. Immer wieder hatten wir den Eindruck, die Entspannungspolitik ist gefährdet, die Friedens- und Abrüstungsdiskussion kam international nicht in Gang. Deshalb reden wir vom Vorrang für Verhandlungen. Und wer den Vorrang für Verhandlungen wirklich will, der muß auch deutlich sagen, wo Verbündete sind. Verbündete, von denen wir manchmal sogar sagen, sie wären unsere Freunde. Da muß auch ein offenes Wort gesagt werden. Das heißt: Vieles von dem, was uns amerikanische Beamten gelegentlich und in den letzten Wochen nahezu täglich zumuten, ist für uns keine Ermutigung, sondern bringt Irritationen. Sie sollten mal mit einer Stimme reden. Ich bin Hans-Jürgen Wischnewski dankbar dafür, daß er das in diesen Tagen noch einmal deutlich gesagt hat. Wir können mit solchen amerikanischen Büchmanns, mit solchen Zitatensammlungen, nicht politisch agieren. Wir brauchen eine klare Linie, und wir brauchen verlässliche Aussagen innerhalb des Bündnisses, damit das Gespräch, damit die Auseinandersetzung mit dem Partner realistisch und berechenbar stattfindet.

Ich habe davon gesprochen, daß wir uns verstehen müssen als Partei, die Arbeitnehmer erreicht und vertritt, die die junge Generation verstehen möchte. Es gibt Themen, die interessieren beide. Da gibt es die Frage, wie unsere Städte bewohnbar gemacht und bewohnbar gehalten werden können. Da gibt es Probleme, die mit dem Wohnungsmangel zusammenhängen, da gibt es die Fragen des Arbeitsmarktes, die uns bedrängen. Da wiederholen wir,

was wir vor dem 11. Mai gesagt haben: In schwierigen Zeiten braucht man mehr Solidarität und nicht weniger. Das gilt auch für befreundete Organisationen.

Mit den Gewerkschaften haben wir ein paar Kontroversen gehabt. So waren wir manchmal in der Rolle des Tarifpartners, des Arbeitgebers. Daraus hat sich gelegentlich ein Konflikt ergeben. Das wurde in Solidarität besprochen und ausgehalten. Nach diesem Gespräch sage ich deshalb: Für Sozialdemokraten ist es unverzichtbar, daß wir mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten. Sie sind mit uns die Anwälte der Arbeitnehmer. Wir wollen die Zusammenarbeit noch verstärken und zum Beispiel ein paar Schritte gemeinsam mit Hamburg und Bremen für eine Sicherung der Montanmitbestimmung tun, damit nach den sechs Jahren deutlich wird: Das ist kein Auslaufgesetz. Wir bleiben bei der Montanmitbestimmung.

Eine absolute Mehrheit zu haben, heißt, sie zu nutzen, nicht sie auszunutzen. Das heißt: Augenmaß bei Reformen, das heißt: bereit sein zu Perspektiven, und das heißt auch – ich habe das auf dem Bezirksparteitag Niederrhein im vergangenen Jahr im Mai gesagt –, auch stellvertretend für die fünf Prozent zu handeln, die nicht uns gewählt, aber unsere Koalition gewollt haben.

Die werden wir beim nächsten Mal unmittelbar brauchen, damit sie keine Umwege gehen müssen, wenn sie Sozialdemokraten in der Regierung haben wollen.

Harte und solide Arbeit bringt wenig Schlagzeilen. Da kann man nur versuchen, die Schneiden zu schlagen und in der Politik deutlich zu machen: Wir setzen die Schwerpunkte nach den Gesichtspunkten, wo die Zukunft ist. Und das tut unser Haushalt. Deshalb haben wir im Technologieprogramm und bei der rationalen Energieverwendung die Mittel verstärkt. Deshalb haben wir überproportionale Steigerungsraten für den Bergbau und für die Energiewirtschaft. Deshalb haben wir dreißig Prozent unserer Ausgaben für die bessere Ausbildung der jungen Menschen, weil eine gute

Ausbildung die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ist.

Darum bleibt auch die Bildungspolitik ein Thema, dem wir uns zuwenden. Wir tun das auf eine Weise, die manche irritiert hat. Im Augenblick liegen die Irritationen auf einer ganz anderen Ebene: Die CDU weiß nicht, wohin sie gehen soll. Wir raten: Kommt aus der Sackgasse, sagt Jazur Gesamtschule, denn unser dreigliedriges Schulwesen braucht die Ergänzung und die Veränderung durch die Gesamtschule als Regelschule und als Angebotsschule, und deshalb haben wir einen Gesetzentwurf vorgelegt und in der Fraktion und im Ausschuß verabschiedet, der das, was wir vor der Wahl versprochen haben, zusagt. Jetzt fragen wir die CDU: Will sie weiter jahrelangen Streit? Sie kann ihn haben. Wir können mit unserer Mehrheit verabschieden und wir werden mit unserer Mehrheit verabschieden. Aber wir fragen danach, ob das denn wirklich so gehen soll, daß die Gesamtschule, in anderen Ländern als Versuch seit Jahrzehnten bewährt, bei uns die Sache der Mehrheit sein soll, ob sie nicht eine Sache des ganzen Landes werden kann? Dazu laden wir ein.

Liebe Freunde, viele Fragen, die in einem solchen Bericht anzusprechen wären, will ich heute nicht mehr vortragen, damit wir Raum haben zu Diskussionen und Gesprächen. Deshalb will ich das, was wir im Haushalt für das Jahr 1982 zu tun haben, jetzt nicht darstellen in dem Entscheidungsprozess, in dem wir uns befinden.

Ich will vielmehr an das erinnern, was ich am Anfang gesagt habe: Wir stehen ein für die uns anvertrauten Bürger, und weil wir dafür einstehen, wenden wir uns gegen die fast zur Mode gewordenen Kritik am sozialen Netz. Wir reden über möglichen Mißbrauch. Aber wir reden über Mißbrauch, damit das soziale Netz hält und nicht als Vorwand dafür, daß das soziale Netz abgeschafft oder noch weiter durchlöchert wird.

Und wir reden über das soziale Netz und über die Mißbräuche auch auf der anderen Seite, auch bei den Unternehmern, die Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen, die die Pensionierung mit 59 Jahren selbst bei leitenden Angestellten längst zu einem Trick gemacht haben. Darüber muß dann auch einmal gesprochen werden.

Energiepolitik, die ich nur gestreift habe, ist nicht mehr so im Streit, wie sie das gewesen ist. Sie ist deshalb nicht im Streit, weil wir Sozialdemokraten, seit wir uns zu Landesparteitagen versammeln, eine behutsame, eine erkennbare, eine auf dem Vorrang der Kohle beruhende Energiepolitik betreiben. Dabei wollen wir bleiben. Da leisten wir etwas für die ganze Bundesrepublik und fragen die Länder, wann sie endlich einmal mitfinanzieren wollen, daß wir die sichere heimische Energie „Kohle“ bereitstellen?

In den nächsten Monaten wird es Auseinandersetzungen geben um die Medienpolitik. Auch dazu haben wir im Godesberger Programm einen Satz gesagt, der heute gilt wie damals: „Rundfunk und Fernsehen müssen ihren öffentlich-rechtlichen Charakter behalten, sie müssen freiheitlich demokratisch geleitet und gegen Interessentendruck gesichert sein.“ Ich finde es unbegreiflich, daß die gleiche Partei, die immer sagt, Familienpolitik wäre ihr erstes Thema, dann, wenn die Industrie es will, nichts anderes im Sinne hat, als jede Menge zusätzliche Fernsehprogramme privat finanziert in die Familien zu bringen.

Wir sollten uns mit der CDU mehr beschäftigen als mit uns selbst. Wir sollten der CDU nicht erlauben, vor den großen Fragen auszuweichen. Wir sollten ihr nicht gestatten, liberale Mäntelchen umzuhängen und in Wirklichkeit die alte Politik mit neuen Schläuchen zu verkaufen. Wir sollten kontroverse Diskussionen da suchen, wo die Unterschiede sind, und wir

sollten uns der Gemeinsamkeit freuen, da wo wir sie entdecken können – ohne von unserer Grundsatzüberzeugung abzuweichen.

Wenn wir an die Arbeit der nächsten Jahre gehen, dann tun wir es als Menschen, denen die Glaubwürdigkeit der Politik der erste Auftrag und der erste Prüfstein ist. Dann tun wir es als Menschen, die in vielen Jahren gezeigt und erlebt haben: Man kann entstehende Vertrauenslücken immer wieder schließen, wenn man beim Bürger ist und wenn Basis nicht irgendein Wort ist, auf das man sich beruft, sondern die Quelle, von der man selber herkommt und von der man sich nicht abschneiden läßt.

Wir brauchen eine neue Vertrauensarbeit in der Partei. Manchmal habe ich den Eindruck, daß wir Gemeinschaft durch Organisation ersetzt haben. Wir brauchen wieder mehr Gemeinschaftsgefühl, und wir brauchen auch wieder mehr Gemeinschaftserlebnisse in der Partei. Vielleicht sollten wir miteinander einen Versuch machen. Vielleicht sollten wir miteinander als Partei jährlich unseren Nordrhein-Westfalen-Tag feiern, um zu zeigen, daß wir zusammengehören, und daß wir die Familien zu uns bitten, und daß wir miteinander nicht nur arbeiten und diskutieren, sondern auch miteinander feiern können.

Wir wollen Geschlossenheit nach der Diskussion zeigen. Das macht uns nicht zur geschlossenen Gesellschaft, sondern macht uns zu einer politischen Kraft, die bereit ist, die Herausforderungen der Zeit anzunehmen, die selbstbewußt ist, ohne arrogant zu sein, die gelassen reagiert, ohne stur zu werden. Dann sind wir Menschen, die in diesem größten Bundesland Vertrauen ausstrahlen und gewinnen und die damit die Politik stützen, für die Helmut Schmidt und Willy Brandt in Bonn stehen und wir bei uns im Land. So wollen wir an die Arbeit gehen.“